Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 1

Artikel: Eine Stimme aus Frankreich
Autor: Hervé, Gustave
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-157832

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

haus, den stolzesten Landsitz, die ausgebildetste Mundart, das schönste Volkslied, Männer wie Gotthelf und Hodler und das mächtigste Staatswesen der alten Eidgenossenschaft hervorgebracht hat. Diese Kraft, von Gotthelf der Bernergeist genannt und dem Zeitgeist gegenübergestellt, ist das Volkstum, ein weiter nicht zerlegbarer, vielfach und leider fremd gewordener, aber für den, der damit sich vertraut gemacht, unerschöpflicher Begriff. Ihm, diesem Volkstum, verdanken wir unsere in unermeßlicher Mannigfaltigkeit gebildete Heimat, und eben dieses Volkstum gilt es zu erhalten, so wie die Mahnung des Römers lautete: este precor memores qua sitis stirpe creati.*)

Eine Stimme aus Frankreich.

Von **Gustave Hervé.**

Nationalisten aller Länder sind einig in der Zuversicht, daß der selbstgenügsame, weil volkgebundene Nationalismus des 20. Jahrhunderts Europa erneuern und der Welt die Idee einer übervölkischen Friedensordnung schenken wird.

Dieser Leitgedanke soll über der Schriftenreihe stehen, die ich zweisprachig unter dem Namen „Internationale Stimmen der Nationalisten" — „La Voix Internationale des Nationalistes" im Verlage Dr. E. Batschari (Zürich-Berlin-Paris) in diesem Frühjahr eröffnen werde. Carl J. Burckhardt (Genf), E. Gimenez Caballero (Madrid), J. Evola (Rom), Alfred Fabre-Luce (Paris) und Gustave Hervé (Paris) werden neben dem Herausgeber in den ersten Heften zu Worte kommen.

In meinem vor Jahren geschriebenen Buche über das Naturrecht (Librairie du Recueil Sirey, Paris 1931) bin ich für ein neues Völkerrecht eingetreten, das die natürlichen Lebensrechte der Völker zur Geltung bringt, für eine überstaatlich-übervölkische Friedensordnung, deren geschichtliches Vorbild ich im deutscheuropäischen Gedanken des Hochmittelalters fand. Die europäische Geschichte der jüngsten Zeit konnte mich nur noch unerschütterlicher machen in der Überzeugung, daß der imperialistische, alles Volkstum vergewaltigende und sich angleichende Staats-Nationalismus des 19. Jahrhunderts einem neuen Volks-Nationalismus weichen wird, dem die Zukunft gehört.

Auch Gustave Hervé, der mutige französische Politiker und Gelehrte, Hauptschriftleiter der Tageszeitung „La Victoire", dessen nachstehend wiedergegebene Worte an das deutsche Volk das erste Heft meiner Schriftenreihe einleiten, gehört zu den Wenigen, die sich nicht scheuen, sich „Nationalisten" zu nennen und die sich dieses Namens nicht zu schämen brauchen, da sie nicht das gewalttätige, kalte Ungeheuer des staatlichen Macht-Nationalismus meinen, das freilich der Beschönigung eines pazifistischen Internationalismus bedarf, sondern einen lebensnahen Volkstums-Nationalismus, der sein über

*) Bleibt, ich bitte euch, eingedenk, aus welchem Stamme Ihr hervorgegangen seid.

alles geliebtes Volk in einem organischen Weltbild gleichberechtigt neben andern sieht.

Hans K. E. L. Keller.

In Frankreich wurde die Idee eines nationalen Sozialismus mitten im Kriege, im Jahre 1916, zum ersten Mal verkündet.

Die Träger dieses Gedankens waren samt und sonders alte Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei, die der deutschen Sozialdemokratie entsprach. Ihr Führer gehörte der Parteileitung an. Schon vor 1914 hatte er eine sich bolschewistisch gebende Bewegung ins Leben gerufen, den Hervéismus, der sich gegen den Krieg, den er kommen sah, wandte. 1912 hatte er sich dann im Rahmen der sozialistischen Internationale für die Idee einer deutsch-französischen Verständigung unter Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich gegen Abtretung unserer Kolonie Madagaskar eingesetzt. Seit diesem Zeitpunkt lebte er der Überzeugung, daß eine Versöhnung zwischen unsern beiden Völkern nur möglich sei, wenn Elsaß-Lothringen, das seit so langer Zeit gefühlsmäßig mit Frankreich verbunden war, und das aus allen Kräften gegen seine Losreißung von Frankreich durch das Frankfurter „Diktat" protestierte, zum Mutterland zurückkehre.

Der Wirbelsturm um den 1. August 1914 und die darauffolgenden Geschehnisse öffneten ihm vollends die Augen über den Sinn des marxistisch-sozialistischen Klassenkampfes und Bürgerkrieges. Mitten im Kriege wurde er aus der französischen Sozialdemokratie ausgestoßen, weil er gegenüber dem alten Sozialismus des Todes — denn das war der Marxismus — einen nationalen Sozialismus der französischen Volksgemeinschaft verkündete, der auf der Überbrückung der Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital, auf dem guten Einvernehmen des Staates mit den großen geistigen Kräften der Kirche und auf der Ablösung des anarchistischen Systems der parlamentarischen Republik durch einen autoritären Staat unter der Leitung eines nationalen Führers beruhen sollte.

Nach Kriegsende war es in Deutschland einfacher als in Frankreich, die Idee des nationalen Sozialismus zu vertreten und damit Widerhall zu finden.

Das besiegte Deutschland war in abgrundtiefes Elend geraten, das einen günstigen Boden abgab für einen heftigen und gewaltsamen Durchbruch des nationalen Selbsterhaltungstriebes. Dank den bewundernswerten Führereigenschaften Adolf Hitlers, dem heldischen Mut seiner ersten Mitkämpfer, der politischen Klugheit der deutschen Oberschicht, die die Bewegung unterstützte, konnte nach zehnjährigem Kampfe die Nationale Revolution triumphieren.

In dem siegreichen Frankreich lagen die Dinge anders. Die Genugtuung über den militärischen Sieg, die natürlichen Reichtümer des Landes, die harmonische Ausgeglichenheit zwischen Handel und Industrie, die Hilfsquellen unserer Kolonien verschleierten lange das wirtschaftliche und finan-

zielle Unheil, das die vier Jahre Krieg und Besatzung für das ganze Land bedeuteten. Die Vermehrung des Papiergeldes schuf einen scheinbaren Wohlstand. Selbst als im Juli 1926 der Franken, genau wie die Mark im Jahre 1923, zu stürzen drohte, war die Beunruhigung nur von kurzer Dauer. Poincaré kam und stabilisierte den Franken auf den fünften Teil seines früheren Wertes, stellte das Budgetgleichgewicht wieder her, und die Ära der wirtschaftlichen Scheinblüte ging weiter, ja nahm sogar einen neuen Aufschwung.

In Frankreich in den Jahren zwischen 1918 und 1930 von nationalem Sozialismus, vom autoritären Staat reden, hieß in der Wüste predigen. Die revolutionären Kreise in Frankreich freuten sich, ihre Ideen in Rußland triumphieren und die Sozialdemokratie in Deutschland am Ruder zu sehen. Finanz-, Industrie- und Handelskreise hielten das goldene Zeitalter für gekommen. Wie hätte es ihnen einfallen sollen, eine Propaganda zugunsten einer nationalen Revolution zu finanzieren, die den Marxismus vernichtet und mit dem Unfug des Parlamentarismus aufgeräumt hätte?

Heute sind die Freudenfeuer verloschen, die glänzenden Geschäfte vorbei. Die Weltwirtschaftskrise hat schließlich auch Frankreich betroffen; Arbeitslosigkeit hat sich bemerkbar gemacht. Der Rückgang der Geschäfte hat mit Hilfe der Parlamentsmißwirtschaft zu einem Fehlbetrag im Staatshaushalt geführt, der nur durch eine erdrückende Vermehrung der Steuerlast wieder ausgeglichen werden konnte. Unter dem Einfluß der marxistischen Sozialisten, der natürlichen Verbündeten der freimaurerischen Regierungsmitglieder, hat die Verstaatlichung ungeheures Unheil angerichtet; der Staat hat sich in alles mischen wollen, hat jedermann Geld geliehen oder geschenkt; politische Finanzskandale, deren jüngster der Staviskyskandal ist, haben eine beängstigende Korruption ans Tageslicht gebracht, und ganz Frankreich, mit Ausnahme der Parlamentarier und der berufsmäßigen Politiker, beginnt sich ängstlich zu fragen, ob nicht die Stunde gekommen sei, nach dem Beispiel Italiens und Deutschlands mit eisernem Besen das parlamentarische System hinwegzufegen.

Bald wird für Frankreich die Stunde des Nationalsozialismus schlagen. Mit ihr wird auch die Stunde der deutsch-französischen Versöhnung kommen.

Die wirklichen Hindernisse, die dieser Versöhnung im Wege stehen, müssen dem deutschen Volke einmal deutlich gemacht werden.

Das erste Hindernis ist die Erinnerung, die die noch nicht weit zurücklegende Besetzung französischen Gebietes durch die Deutschen zurückließ. Eine große Nation erlebt solch eine Prüfung nicht, ohne daß im tiefsten Herzensgrunde ein Gefühl des Mißtrauens und des Grolls zurückbliebe, zusammen mit dem Wunsche, stark gerüstet zu sein, um eine ähnliche Katastrophe in Zukunft zu vermeiden. Man darf sich daher in Deutschland nicht darüber wundern, daß das französische Volk — und nicht zuletzt die natio-

nalen französischen Sozialisten — sich jeder unbesonnenen Abrüstung widersetzt. Die Armee, die als einzige große Macht in Frankreich unversehrt geblieben ist, ist zudem eine zu gute Schule der Manneszucht und Vaterlandsliebe, als daß das französische Volk in seiner Mehrheit daran denken würde, auf sie zu verzichten. Alles, was man von ihm erwarten kann, ist das Verständnis, daß ein großes Volk wie das deutsche, was seine Armee angeht, die gleichen Gefühle hegt und aus Gründen der Sicherheit, der Ehre, des Prestiges und der nationalen Erziehung militärische Gleichberechtigung zu fordern hat. Die Erklärung des Kanzlers Adolf Hitler, in der er im Namen des deutschen Volkes feierlich darauf verzichtete, die elsaß-lothringische Frage wieder aufzurollen, hat französischerseits eine gewisse Entspannung der Geister ausgelöst. Für die deutsche Presse gälte es jetzt, durch ihre Haltung in der elsaß-lothringischen Frage zu zeigen, daß der Reichskanzler in diesem heiklen Punkte dem so gut wie einmütigen Gefühl des neuen Deutschlands Ausdruck verliehen hat. Und es wäre äußerst wünschenswert, daß Grenzvorfälle, vor allem entlang der Elsaß-Lothringer Grenze, peinlich vermieden würden.

Das zweite Hindernis, ebenfalls ein gefühlsmäßiges, ist die besondere Empfindlichkeit der französischen Nation hinsichtlich Polens. Die Freundschaft zwischen Frankreich und Polen gründet sich nicht, wie man glauben könnte, auf das den beiden Staaten gemeinsame Interesse an einer strengen Durchführung des Versailler Vertrages. Die französische Sympathie für Polen geht auf die Leidenszeit des polnischen Volkes zurück, das gegen Ende des 18. Jahrhunderts von seinen drei Nachbarn in grausamer Weise aufgeteilt wurde. Gegen das zaristische Rußland, das sich den größten Anteil an den Überresten der polnischen Nation gesichert hatte, wandte sich deswegen der Groll des französischen Volkes zur Zeit der französischen Revolution und Napoleons I. Beinahe hätte dieser Polen wieder errichtet; die öffentliche Meinung Frankreichs fühlte sich damals schon durch den Aufschub Napoleons in der polnischen Frage stark enttäuscht. Die drei Erhebungen Polens gegen Rußland in den Jahren 1830, 1848 und 1863 wurden in Paris mit Begeisterung begrüßt. Man muß sich in Deutschland über diese gefühlsbedingte Anteilnahme des französischen Volkes am Schicksal Polens klar sein, wenn man an eine Revision des Versailler Vertrages hinsichtlich der deutschen Ostgrenze denkt. Diese Freundschaft Frankreichs für Polen hindert aber die überwältigende Mehrheit der Franzosen nicht, es als einen Erzfehler anzusehen, daß man das deutsche Gebiet in zwei Teile auseinanderriß, um Polen Zugang zum Meere zu verschaffen. Die Gewährung eines polnischen Freihafens in Danzig — daß diese Stadt deutsch ist, weiß in Frankreich jedermann — wäre eine für den europäischen Frieden so viel weniger gefahrvolle Lösung gewesen. Alles, was Deutschland von Frankreich für die gütliche Regelung der brennend schmerzlichen Danziger Frage erwarten könnte, wäre freundschaftliche Vermittlung in Warschau. Viele Franzosen würden die Lösung begrüßen, die Polen einen

Freihafen in Danzig öffnen würde, und die das ganze Küstengebiet des Korridors an Deutschland zurückfallen ließe, gegen Rückkehr Litauens zur polnisch-litauischen Union, deren Schaffung Deutschland, Frankreich und England den Litauern nahezulegen hätten. Es gilt nur, Polen zum Einverständnis zu bewegen.

Das dritte Hindernis, das der deutsch-französischen Verständigung im Wege steht, ist das Fehlen einer wirklichen Regierung in Frankreich. Denn eine solche hat Frankreich, dem Anschein zum Trotze, ebensowenig wie Deutschland zur Zeit seiner parlamentarischen sozialdemokratischen Kabinette. Das parlamentarische Regime in Frankreich hat augenblicklich, und noch bis zum Jahre 1936, ein Ministerium von radikalen Freidenkern, unterstützt von marxistischen Sozialisten, an seiner Spitze. Wie alle parlamentarischen Ministerien wird es von einander entgegengesetzten Strömungen bald rechts, bald links gezogen. Unsicher, ob es den nächsten Morgen noch erleben wird, laviert es ängstlich in allen Fragen, aus Furcht, gestürzt zu werden. Obwohl es im Grunde trotz seiner Abneigung gegen den Nationalsozialismus eine deutsch-französische Versöhnung befürwortet, hat es Angst, sich mit solchen Gefühlen bloßzustellen. Deutschland kann von dieser Regierung nichts Entscheidendes erwarten, weder im einen noch im anderen Sinne. Wenn es sich einem Partner gegenüber sehen will, der einer mutigen Lösung der Verständigungsfrage fähig ist, muß Deutschland warten, bis die nationalsozialistische Welle Frankreich ein autoritäres republikanisches Regime, ähnlich dem Hitler-Deutschland, gebracht hat. Mag es nun die nationalsozialistische Bewegung oder eine andere Reaktion des Selbsterhaltungstriebes sein, die das parlamentarische System in Paris beseitigen wird, jedenfalls muß Deutschland geduldig und ohne die Nerven zu verlieren, die politische Gesundung, die sich in Frankreich vorbereitet, abwarten, um in seinen berechtigten nationalen Forderungen Befriedigung zu erlangen.

Die Geduld wird nicht zu lange auf die Probe gestellt werden. Es ist unmöglich, daß das gegenwärtige schändliche System noch lange in Frankreich herrscht. Noch immer hat sich jeweils Frankreich rasch erholt. Wir brauchen keine Furcht zu hegen, daß das Volk Jeanne d'Arcs und Napoleons nicht rechtzeitig, wie von alters her, die von der Vorsehung gesandte Persönlichkeit finde, die es aus dem Sumpfe zieht.

Wer auch immer in Frankreich von der Flut des Zornes und des Abscheus gegen das parlamentarische System an die Herrschaft getragen wird, er wird nicht anders können, als dem neuen Deutschland seinerseits die Hand zu reichen. Denn so gut wie einmütig verlangt das französische Volk den Frieden; so gut wie einmütig fühlt es, daß ein neuer deutsch-französischer Krieg für Deutschland sowohl wie für Frankreich das Ende bedeuten würde, und daß danach eine große bolschewistische Welle der Verzweiflung die ganze europäische Kultur, deren beide wichtigsten gleichberechtigten Träger Deutschland und Frankreich sind, auslöschen würde.

Um die öffentliche Meinung Deutschlands zur Geduld zu rufen, wenden wir nationalen französischen Sozialisten uns mit dieser hoffnungsvollen Friedensbotschaft über die Köpfe des offiziellen Frankreichs und unserer politischen Parteien hinweg an das durch seine große Nationale Revolution wiederaufgerichtete deutsche Volk.

Wir Franzosen haben ein altes Sprichwort: „Eine Schwalbe bringt noch keinen Frühling."

Aber wenn sie den Frühling auch nicht bringt, sie kündet ihn doch an.

Nach dem langen Winter der düsteren Jahre von 1918 bis 1933, nach dem schrecklichen Alp des Weltkrieges verkünden wir das nahe, ja sichere Kommen des Frühlings, der unseren beiden Völkern und ganz Europa einen wahrhaften, auf die lebensnotwendigen Interessen und auf die Ehre unserer beiden großen Nationen gegründeten deutsch-französischen Frieden bringen wird. (Deutsch von Hans K. E. L. Keller.)

Ein englischer Streit um die schweizerische Neutralität.

Von **Hektor Ammann.**

Soll man der Neutralität der Schweiz trauen oder nicht? Das war in den entscheidenden Jahren des Weltkrieges die Frage, die einerseits die Generalstäbe, andererseits die Ministerien des Auswärtigen in den Staaten rings um uns zu beantworten hatten. Überall ist diese Frage bei Kriegsausbruch bejahend beantwortet worden und das hat im wesentlichen unser Land vor der Verwicklung in den Weltkrieg bewahrt. Und ebenso ist es in den ganzen vier Kriegsjahren gegangen; immer hat schließlich die Überzeugung gesiegt, daß die Schweiz bereit und entschlossen sei, ihre Neutralität mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten. Freilich hat es nicht an spannenden Augenblicken gefehlt, wo es energischer Schritte bedurfte, um diesen Glauben an unsere Neutralität festzuhalten. Ich denke da an die französischen und deutschen gegenseitigen Behauptungen, daß der Gegner die Neutralität der Schweiz zu verletzen beabsichtige, um das Neujahr 1917 herum. Damals sah sich die Schweiz gezwungen, schleunigst zwei neue Divisionen an die Grenze zu stellen, um vor aller Welt ihren ungeschwächten Willen zur Wahrung der Neutralität zu bekunden. So sind wir schließlich heil durch den fast ganz Europa verzehrenden Brand hindurch gekommen.

Voraussetzung für diese Bewährung unserer Neutralitätspolitik war dabei einmal eine ansehnliche und den Nachbarn wohl bekannte militärische Schlagfertigkeit, vor allem aber das Vertrauen in die wirklich neutrale Gesinnung des Schweizervolkes und seiner Behörden. Dieses Vertrauen ist nun natürlich auch nicht auf einmal da gewesen, sondern es ist langsam im